

Schuldhaft verstrickt?

Hannes Heer über den Eroberungs- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht, einen Mythos und fatale Traditionen

Karlen Vesper



Bereits unmittelbar nach dem Überfall auf Polen begann der Terror gegen jeglichen Widerstand und die Zivilbevölkerung.

Foto: akg



Hannes Heer ist Historiker, Regisseur, Publizist und Gestalter.

Foto:
dpa/Sören
Stache

Welches Gewicht hat für Sie das Datum 1. September 1939 für die europäische Geschichte?

Dieser Tag markiert nicht ein beliebiges Kriegs- und Schlachtendatum. Der Überfall auf Polen war kein Krieg wie ihn das deutsche Heer ab August 1914 führte, um andere Länder zu besetzen und im Falle eines Sieges mit deren Regierungen über Gebietsabtretungen und ähnliche Forderungen zu verhandeln. Ab dem 1. September 1939 wurde eine neue Form von Krieg praktiziert – ein Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Dabei ging es darum, Staaten zu zerschlagen und deren Bevölkerungen zu versklaven oder zu ermorden.

Hitler hatte schon in »Mein Kampf« in aller Offenheit angekündigt, dass er, wenn er an die Macht käme, zwei Kriege zur Sicherung der Lebensgrundlagen des

deutschen Volkes führen werde – einen zur Gewinnung von »Grund und Boden« notwendigen Krieg gegen die slawischen Völker sowie einen gegen den »jüdischen Bolschewismus«, der dem Judentum angeblich den Weg zur Weltherrschaft bahnen wolle. Diese aggressiven, expansiven und rassistischen Ziele sind untrennbar mit dem Datum vom 1. September 1939 verbunden.

... und wurden bereits in Polen realisiert.

Ja. In Polen, der ersten Etappe auf diesem Weg, wurde ein brutales Besatzungsregime installiert, das sechs Millionen Polen ermordete, die Hälfte davon jüdische Menschen.

Polen war zugleich das Experimentierfeld für die nächste Aggression am 22. Juni

1941, den Überfall auf die Sowjetunion. Hitler hatte im März den Generälen des künftigen Ostheeres erklärt, dass es sich bei diesem Feldzug um »einen Kampf zweier Weltanschauungen« und um einen »Vernichtungskampf« handle, der daher außerhalb der Regeln des Völkerrechts geführt werde. Dieses Konzept ist von der deutschen Generalität mitgetragen worden, wie die im Frühjahr 1941 von der Wehrmachtsführung erlassenen Befehle beweisen: Gefangene Politikommissare der Roten Armee waren auf der Stelle zu erschießen; Kriegsgefangenen wurden alle Rechte auf angemessene Unterbringung, Ernährung und medizinische Versorgung verweigert; über Delikte der Zivilbevölkerung entschieden nicht mehr, wie das in den okkupierten Ländern Westeuropas noch möglich war, Kriegsgerichte, sondern die Truppe konnte bei jedem Verdacht auf Widerstand sofort Strafaktionen gegen Verdächtige oder ganze Dörfer durchführen. Da alle Nahrungsmittel an die Wehrmacht abgeführt werden mussten, wurden Hundertausende von Zivilisten, in Leningrad eine Million, zu Opfern des Hungers. Die zur Ermordung der Juden aufgestellten SS-Einsatzgruppen waren der Wehrmacht logistisch unterstellt, und diese wurde zu enger Kooperation mit der SS verpflichtet.

Mit dem Datum 1. September 1939 verbunden ist die Erinnerung an 40 Millionen Ermordete – sechs Millionen Polen, 30 Millionen Menschen aus der Sowjetunion, zwei Millionen Jugoslawen, fast eine halbe Million Tschechoslowaken. Davon waren mindestens fünf Millionen Juden. Dieser Tag, der 1. September 1939, markiert auch den Beginn von zwei Völkermorden, an den Juden und an Sinti und Roma.

Warum wurde im Nürnberger Tribunal der Alliierten gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 die Wehrmacht nicht wie SS, SD und Gestapo zu einer verbrecherischen Organisation erklärt?

Die Nürnberger Prozesse haben ein neues Kapitel des Völkerrechts eröffnet. In Nürnberg wurden völlig neue Delikte und Rechtsprinzipien fixiert, die weit über die bisherigen zum Schutz der Zivilbevölkerung ausgehandelten internationalen Regelungen wie die Haager Landkriegsordnung hinausgingen. Zu den Anklagepunkten im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher gehörten die Planung und Führung von Angriffskriegen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Wehrmacht wurde nicht wie die SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt, weil die Alliierten trotz der das bisherige Völkerrecht radikal erweiternden Maßnahmen gleichzeitig darauf achteten, bestehende Gesetze und Rechtsgrundsätze nicht zu verletzen. Die Wehrmacht war keine Freiwilligenarmee wie die Waffen-SS, sondern eine Armee aus Rekruten, die zum Wehrdienst eingezogen wurden und in den Krieg marschieren mussten. Es gab für die Wehrpflichtigen also keine Entscheidungsfreiheit.

Die Anwendung dieses Rechtsprinzips bedeutete aber keinen Freispruch für die Wehrmacht und deren Generäle. Schon im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurden vier Generäle bzw. Admiräle angeklagt: Dönitz und Raeder mussten hohe Gefängnisstrafen verbüßen, Keitel und Jodl wurden hingerichtet. In vier weiteren Prozessen wurden insgesamt 27 Generäle und vier hohe Militärärzte zu lebenslänglichen oder hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Zwei Generäle begingen in der Haft Selbstmord. Der US-amerikanische Chefankläger Telford Taylor beendete sein Plädoyer mit den Worten: »Das war kein Krieg, das war ein Verbrechen. Das war nicht Soldatentum, das war Barbarei.«

Warum hat es ein halbes Jahrhundert gedauert, bis auch über die Verbrechen der Wehrmacht in der Bundesrepublik gesprochen wurde? Was ja erst mit der von Ihnen gestalteten, vielbeachteten Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in den 1990er Jahren geschah?

Verantwortlich dafür sind private Amnesie und die politische Amnestie. Glücklicherweise überlebte den Krieg zu haben, wurden die Deutschen durch die Nürnberger Prozesse mit der Schuld zweier Völkermorde konfrontiert. Das war eine moralische Bürde, die kaum einer schultern wollte. Die Gesellschaft hat 1945 die Geschichte der Nazizeit abgespalten und sich in die totale Amnesie geflüchtet: »Hitler wars!« Und als dann 1949 der westdeutsche Teilstaat BRD konstituiert wurde, dem im Kalten Krieg dank einer neuen Armee eine bedeutende Rolle zugeordnet war, nutzte

die Adenauer-Regierung die Chance, um die Wehrmacht mit ihren 19 Millionen, davon zehn Millionen allein an der Ostfront eingesetzten Soldaten, zu amnestieren. Und die Westalliierten wurden gezwungen, das zu akzeptieren: General Dwight D. Eisenhower, der ehemalige Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa während des Krieges und nunmehrige NATO-Oberbefehlshaber, musste 1951 vor der Presse in Frankfurt am Main erklären, dass der deutsche Soldat »seine Ehre nicht verloren habe« und dass es eine scharfe Trennungslinie zwischen »Hitler und seiner kriminellen Gruppe« und der Wehrmacht gebe. Ab jetzt öffneten sich für ca.1000 verurteilte Kriegsverbrecher die Tore der alliierten Gefängnisse.

Es gab aber damals schon kritische Stimmen und Proteste.

Wer von dieser Linie abwich, wurde jedoch zum Verstummen gebracht. Heinrich Böll durfte seinen ersten Roman »Kreuz ohne Liebe«, der an der Ostfront spielte, ebenso wenig veröffentlichen wie Siegfried Lenz seinen Partisanenroman »Der Überläufer«. Und selbst der Bestsellerautor Erich-Maria Remarque musste seinen Roman »Zeit zu leben, Zeit zu sterben«, der die Verbrechen der Wehrmacht und die Gewissensnot eines Soldaten an der »Ostfront« problematisierte, völlig umformulieren.

Alle Filme, die in irgendeiner Weise an die Nazi-Diktatur und Wehrmachtverbrechen erinnerten, wurden unsynchronisiert oder verboten. »Nacht und Nebel« wurde bei den Festspielen in Cannes 1956 auf Intervention der Bundesregierung abgesetzt. Und in dem 1941 gedrehten US-amerikanischen Klassiker »Casablanca« wurde ein vom NS-Regime gejagter Widerstandskämpfer in einen norwegischen Atomphysiker umgemodelt. Die Originalfassung konnte man in der BRD erst 1982 sehen. Auch Anne Franks Tagebuch wurde in der Übersetzung aus dem Holländischen so verfälscht, dass darin keine Wehrmacht und keine SS auftauchten. Es erfolgte also eine massive Lenkung der öffentlichen Meinung, verstärkt durch die heroischen Kriegsfilm, die sich unschuldig gebenden Memoiren der Generäle, die den Krieg zum Abenteuer verklärenden »Landser«-Heftchen und die Erinnerungskultur der Veteranenverbände.

Der AfD-Politiker Gauland relativierte jüngst mit »Vogelschiss« und später »Fliegenschiss« die NS-Zeit. Wie konnte es zu einem solchen Rückschlag, zur erneuten Relativierung der Verbrechen und Verhöhnung der Opfer kommen? Ein gesellschaftliches Symptom?

Das ist eine Entwicklung, die ich nie für möglich gehalten hätte. Allerdings durchzieht die Geschichte der Bundesrepublik eine unheilvolle Tradition nazistischer Parteien wie die 1952 verbotene »Sozialistische Reichspartei«, die »Deutsche Reichspartei«. Regierungsparteien wurden die Sammelbecken für Alt-Nazis wie die »Deutsche Partei« oder Landesverbände der FDP. Mitte der 1960er Jahre gelang es dann erstmals der nazistischen NPD, in den meisten westdeutschen Landtagen vertreten zu sein und fast den Einzug in den Bundestag geschafft zu haben. In den 70er und 80er Jahren kam es zur Gründung von Neonazi-Kameradschaften und illegalen Wehrsportgruppen. Diese vertraten alle ein revisionistisches Bild der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. In den 90er Jahren führte das zu gewalttätigen Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung und zu einem Sprengstoffanschlag auf deren Präsentation in Saarbrücken. An dieses Geschichtsbild und an solche Aktionen konnten die AfD und ihr gewalttätiges Umfeld anknüpfen.

Die AfD verdankt ihren Aufstieg aber doch nicht nur Rückwärtsgewandtheit?

Der zweite Grund für den Aufstieg der AfD ist die – wie Eric Hobsbawm diagnostizierte – neue und totale Abhängigkeit von einer »unkontrollierbaren und globalisierten Weltwirtschaft«. Der Staat ist nicht mehr der Puffer zwischen entfesselter Wirtschaft und demokratischer Gesellschaft, sondern hat die Maximen und Praktiken des Neoliberalismus übernommen und aus der Marktwirtschaft eine »Marktgemeinschaft« gemacht. Eine beträchtliche Zahl von nicht Beschäftigten und Hartz IV-Beziehern ist die Folge. Was fast noch schwerer wiegt, ist die Angst der Noch-Beschäftigten, sie könnten einen ähnlichen Abstieg erleben. Die internationale Finanz- und Bankenkrise 2007/08 hat diese Befürchtungen gesteigert. Durch die militärischen Interventionen der USA am Golf, im Irak und in

Afghanistan wie die dadurch ausgelösten islamistischen Terroranschläge auch in Europa ist die große Unsicherheit in der Gesellschaft noch geschürt worden. Die durch die Kriege im Nahen Osten und in Afghanistan wie durch die Hungerkatastrophen in Afrika ausgelöste Flüchtlingswelle hat den Rückzug auf den »homogenen« deutschen Nationalstaat und den Wunsch nach autoritären »Lösungen« befördert und einen Teil der Bevölkerung empfänglich für populistische und nationalistische Programme gemacht. Davon profitieren Parteien wie die AfD.

In Ostdeutschland kommt noch die katastrophale Erfahrung der Art und Weise des »Anschlusses« der DDR an die BRD 1990 hinzu. Der Einmarsch des westdeutschen Kapitals und westdeutscher Beamter, die »Privatisierung«, d.h. Enteignung der volkseigenen Betriebe statt deren Sanierung wie die Annullierung der antifaschistischen Geschichte der DDR und zahlreicher berühmter Remigranten nach 1945 haben das Selbstwertgefühl vieler Ostdeutscher verletzt.

Sind Sie beunruhigt über die jüngsten rechtsradikale Vorgänge in der Bundeswehr?

Natürlich, zutiefst. Die Bundeswehr hat sich nie wirklich mit ihrer Vorgängerin, Hitlers Wehrmacht, auseinandergesetzt. Der Verteidigungsminister in den 90er Jahren, Volker Rühe, CDU, hat auf die Wehrmachtsausstellung zunächst positiv reagiert und den Besuch der Ausstellung Soldaten und Offizieren empfohlen. Die Empfehlung wurde dann ein Jahr später, unter anderem auf Druck einer Kampagne des prominenten Sozialdemokraten und ehemaligen NDR-Redakteurs Rüdiger Proske, seines Genossen Helmut Schmidt und der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zurückgezogen. Ab jetzt durften Soldaten sie weder in Uniform noch in Zivil besuchen, und Offizieren wurde jede Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung verboten.

Die Wehrmachtsausstellung wurde von allen Instanzen der Bundeswehr, vor allem von deren Militärgeschichtlichem Forschungsamt (MGFA), erbittert bekämpft. Die Feindschaft gegen das neue Bild einer verbrecherischen Wehrmacht, das die Ausstellung präsentierte und das dann auch Eingang in die Geschichtswissenschaft fand, war schon enorm. Den Rückzug der Ausstellung durch ihren Initiator und Finanzier Jan Philipp Reemtsma 1999 und dessen in einer neuen Ausstellung 2001 vollzogene Kapitulation vor den Gegnern, ablesbar an der Eröffnungsrede des Direktors des MGFA, wertete die Bundeswehr als eindeutige Rehabilitierung der Legende von der »sauberen Wehrmacht« Aber es sollte noch schlimmer kommen.

Und dies führte zu ungehemmter rechtsradikaler und militaristischer Nostalgie in der »Truppe«?

Rechtsradikale Zirkel hat es in der Bundeswehr von Anbeginn gegeben. Der jüngst publik gewordene Skandal um die in Kasernenstuben ausgestellten Memorabilien von Stahlhelmen und Abzeichen der Wehrmacht ist nicht genutzt worden zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dieser kriminellen Tradition.

Es gibt aber inzwischen einen neuen Traditionserlass.

Ja, aber das ist das schlimmste, weil dümmste Dokument in der langen Reihe der Traditionserlasse.

Warum?

Die seinerzeitige Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, hat nicht realisiert, dass die Bundeswehr jetzt eine Freiwilligenarmee ist, der sich möglicherweise auch politisch rechtslastige junge Männer und Frauen anschließen oder junge Leute, die es einfach spannend finden, eine Waffe zu tragen, Auslandseinsätze zu erleben und dabei irgendwann auch einmal die Gelegenheit haben, absolute Macht ausüben zu können.

Sodann: Der neue Erlass kritisiert lediglich die Militärpolitik ab der Weimarer Republik. Kein Wort darüber, dass es schon zuvor eine militaristische, nationalistische, aggressive Politik in Deutschland gab, dass das deutsche Kaiserreich in Folge von drei ohne Anlass, aber bewusst herbeigeführten Kriegen 1864 bis 1870 – gegen die Dänen, gegen Habsburg und gegen die Franzosen – entstanden war, dass Deutschland an der Auslösung des Ersten

Weltkrieges maßgeblich ebenso beteiligt war, Kein Wort über die damaligen völkerrechtswidrigen Akte wie den Einmarsch in das neutrale Belgien und die Auslösung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 1916, mit dem fortan auch die Versenkung von Handels- und Passagierschiffen erlaubt war. Im selben Jahr wurde die Oberste Heeresleitung zur Militärdiktatur, die das politische und gesellschaftliche Leben bestimmte.

Das alles taucht im Traditionserlass ebenso wenig auf wie die Tatsache, dass die abgetretenen kaiserlichen Generäle 1918/19 die Erfinder der Dolchstoßlegende waren, mit der Linke und Juden für die Niederlage verantwortlich gemacht und die Anfangsjahre der Weimarer Republik vergiftet wurden. Und es waren die Weltkriegsoffiziere, die in Massen in die republikfeindlichen Freikorps eintraten und die Führungskader der NSDAP sowie der späteren Wehrmacht bildeten.

Den Traditionserlass von 2018 sollte man also einstampfen?

Ja. Und der traurige Höhepunkt dieses Erlasses der neuen Präsidentin der Europäischen Kommission ist die Feststellung, die Wehrmacht sei eine Gefangene gewesen – sie habe »dem nationalsozialistischen Unrechtssystem« gedient und sich bei dieser Gelegenheit »schuldhaft verstrickt«. Das bedeutet eine Rückkehr in die geschichtsblinden 50er Jahre und eine bewusste Negierung aller Erkenntnisse der internationalen Geschichtswissenschaft. Wer die Wehrmacht zum Opfer der Verhältnisse und zu einem gefesselten Subjekt stilisiert, betreibt Geschichtsrevisionismus.

Und dieser kommt rechten Populisten, vor allem der AfD, sehr gelegen.

Der neulich mit Zapfenstreich verabschiedete Oberst Rüdiger Lucassen, der sich unmittelbar danach als Parteimitglied outete, hat gemeinsam mit einem Marineoberfeldwebel für die AfD ein Konzept ausgearbeitet, das einem den Atem verschlägt. Die Bundeswehr solle die »Armee der Deutschen« werden, der in Europa eine Führungsrolle zukomme. Voraussetzung dafür sei, dass sie der bisherigen parlamentarischer Kontrolle entzogen werde. Weil die »Truppe« jederzeit zum sofortigen und unbedingten Einsatz bereit sein müsse, dürfe sie bezüglich des Haushalts nicht von langwierigen parlamentarischen Entscheidungen abhängig sein.

Auch über das Traditionsverständnis der Bundeswehr soll in Zukunft nicht mehr ein gewählter Minister oder eine gewählte Ministerin entscheiden. Nach welchen Vorbildern sie sich ausrichten wolle, soll der »Truppe« überlassen sein. Auch über Delikte von Soldaten und Offiziere würden nicht mehr zivile Gerichte entscheiden – gefordert wird die Wiedereinsetzung einer Militärjustiz. Vordringlich aber seien nach Ansicht der Verfasser des Konzepts der AfD für die Bundeswehr der Aufbau eines Generalstabs und die Aufstellung eines Reservistenkorps in Stärke von 50 000 Mann, das immer unter Waffen stehe und »für den Einsatz im Inneren« ständig trainiert werden müsse. Die Gefechtsleitlinien für diese Einsatzgruppe wie für die »normale« Bundeswehr seien die gleichen – »unerbittlicher« Kampf bis zum Letzten.

Das alles bedeutet nicht nur die brachiale Rückkehr zu den geplanten Notstandsgesetzen der 60er Jahre, sondern auch eine Reise weit zurück in die Vergangenheit – direkt an die Ostfront oder nach Kreta, in den Kurlandkessel oder zur letzten Offensive in den Ardennen. Das Kostüm wird abgeworfen, darunter erscheint brutal-offen die alte Nazi-Wehrmacht.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1125110.zweiter-weltkrieg-schuldhaft-verstrickt.html>